

# SINGAPUR-SPECIAL S.14-S.24

## Opposition und politische Partizipation in Singapur

**Rolf Jordan**

Seit der Unabhängigkeit des Stadtstaates 1965 regiert die *People's Action Party* (PAP) unangefochten in Singapur. Erst bei Nachwahlen im Jahr 1981 gelang schließlich einem Oppositionspolitiker, dem Vorsitzenden der *Workers Party* (WP), J. B. Jeyaretnam, der Einzug in das Parlament. Bis zu den Wahlen im Jahr 1991 sank der Stimmenanteil für die PAP auf gerade einmal 61 Prozent; neben Jeyaretnam zogen noch drei weitere Oppositionspolitiker der *Singapore Democratic Party* (SDP) in das Parlament ein. Ermöglicht wird die parlamentarische Übermacht der PAP durch ein Mehrheitswahlrecht nach britischem Vorbild, das schon bei einfacher Stimmenmehrheit sicherstellt, daß die Partei die jeweiligen Parlamentssitze für sich verbuchen kann.

Einige Zeit schien es, als könnten die Wahlerfolge der Oppositionsparteien auch als Anzeichen für eine allmähliche Liberalisierung des politischen Systems und für eine zunehmende Demokratisierung Singapurs im westlichen Sinne gelesen werden. Das dem jedoch nicht so ist, machten unter anderem die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen Anfang 1997 deutlich. Die PAP gewann die Wahl klar und konnte nach einem erbittert geführten Wahlkampf 81 der 83 Parlamentssitze für sich verbuchen. Den Oppositionsparteien dagegen gelang es in 47 der 83 Wahlbezirke nicht einmal, Kandidaten aufzustellen. So konnten die *Workers*

*Party* und die *Singapore People's Party* aufgrund des Wahlergebnisses diesmal nur je einen ihrer Kandidaten ins Parlament bringen.

Die politische Schwäche der Opposition in Singapur hat eine Reihe von Ursachen. Da sind zum einen die internen Querelen und Ränkespiele, mit denen sich die Oppositionsparteien in der Vergangenheit immer wieder auch selbst behindert und die ihr Ansehen in der Bevölkerung geschwächt haben.

Und dann ist da das für viele Singapurere noch immer weit sichtbare ökonomische 'Erfolgsmodell' Singapur, das die Legitimationsbasis der seit mehr als drei Jahrzehnten regierenden PAP darstellt, und dem die oppositionelle Programmatik bisher noch keine eigenständige Alternative gegenüberstellen konnte. Obwohl die schon seit Jahren anhaltende Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums durchaus Ansatzpunkte für eine oppositionelle Politik geboten hat, konnten die Oppositionsparteien daraus bisher noch kein Kapital schlagen.

Da sind aber auch die vielen Behinderungen und Einschüchterungsversuche zu nennen, denen sich die Opposition Singapurs, vor allem in Wahlkampfzeiten, gegenübersehen. Führende Oppositionspolitiker sind immer wieder auch das Ziel juristischer Verfahren, die sie sowohl politisch diskreditieren als auch materiell schwächen sollen. So floh Tang Liang Hong, Kandidat der *Workers Party*, nach-

dem er während des Wahlkampfes von Ministerpräsident Goh bezichtigt worden war, ein 'chinesischer Chauvinist' und ein 'Extremist' zu sein, kurz nach den letzten Parlamentswahlen nach Malaysia, um einer Gefängnisstrafe wegen Steuerhinterziehung und Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe, denen er wohl ohnehin kaum hätte nachkommen können, zu entgehen. Und auch der Vorsitzende der WP, J. B. Jeyaretnam, sah sich kurz darauf einer Verleumdungsklage gegenüber. Ein weiterer in einer langen Reihe von Prozessen, mit denen die amtierende PAP-Regierung seit den frühen achtziger Jahren, seit Jeyaretnam als erster Oppositionspolitiker ins Parlament eingezogen war, den prominenten Politiker zur Aufgabe seines Parlamentssitzes zu bewegen. Schon einmal, Mitte der achtziger Jahre, war Jeyaretnam aufgrund einer Verurteilung für fünf Jahre aus dem Parlament verbannt worden. Zum letzten Prozeß schließlich entsandten Amnesty International und die Internationale Juristenkommission aus Genf Prozeßbeobachter, weil sie den Verdacht gehegt hatten, daß mit diesem Verfahren ein politischer Gegner der PAP mundtot gemacht werden sollte.

Und die PAP schreckt auch nicht vor einer Einschüchterung potentieller Oppositionswähler zurück. So hat der amtierende Ministerpräsident Goh Chock Tong noch im letzten Wahlkampf mit Nachteilen für jene Wahlkreise gedroht,

die für Oppositionskandidaten stimmen würden. Solche Stadtteile müssten, so Goh, durchaus mit Verzögerungen etwa bei Sanierungsarbeiten im öffentlichen Wohnungsbau, über den Wohnraum für mehr als 80 Prozent der Bevölkerung bereitgestellt wird, rechnen. Und schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß in Singapur noch immer, als Fortsetzung der Notstandsgesetzgebung von 1948, der 1960 verabschiedete Internal Security Act (ISA) in Kraft ist, der es der Regierung ermöglicht, unliebsame Regimegegner auch ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren. Auch mehr als dreißig Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit hat sich in Singapur bisher nur eine schwache parlamentarische Demokratie herausgebildet, im Gegenteil: Ein Mehrparteiensystem und die Möglichkeit wechselnder Regierungsmehrheiten werden noch immer als Bedrohung für das 'Erfolgsmodell' Singapur gesehen. So vertrat etwa Ministerpräsident Goh Chock Tong noch im letzten Wahlkampf auf einer Veranstaltung in der Nanyang Technological University die Meinung, daß Singapur mit einem parlamentarischen System westlicher Prägung nicht jene Erfolge hätte erreichen können, auf denen der individuelle Wohlstand der mittlerweile mehr als drei Millionen Bürger des Stadtstaates heute fußt. Angesichts der nur schwachen parlamentarischen Verankerung oppositioneller Parteien stellt sich die Frage, wie es um oppositionelle Politik im außerparlamentarischen Raum bestellt ist. Auch hier hat die dominante Rolle der PAP bisher die Entstehung oppositioneller politischer Strömungen und Gruppierungen eher behindert. Dies gilt für den Presse- und Medienbereich mit seinen restriktiven

Strukturen ebenso, wie für die Vielzahl der Beteiligungsinitiativen in den New Towns (Citizen's Consultative Committees, Residents' Committees, Feedback Units), die aufgrund der dominanten Rolle, die die PAP innerhalb dieser Organisationen spielt, eher als intermediäre Instanzen zur Umsetzung der Regierungspolitik zu sehen sind, denn als ernstzunehmende pluralistische Bürgerforen, die in deutlichem Maße in relevante Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Und auch die wenigen NGO's (Non-Governmental Organizations) Singapurs, wie die *Nature Society* oder die *Society Against Family Violence*, sind oft nur punktuell in der Lage, in politische Diskurse einzugreifen oder gar solche Diskurse in Opposition zur Regierungspolitik der PAP zu generieren.

Gleichwohl stellen solche Organisationen innerhalb spezifischer Politikfelder wichtige Foren dar, in denen regierungspolitische Planungen und Entscheidungen kritisch diskutiert und im öffentlichen Raum bearbeitet werden können. Dies ist um so mehr von Bedeutung, als die öffentliche und freie Meinungsäußerung noch immer im starkem Maße staatlicher Reglementierungen unterliegt. So war erst Anfang dieses Jahres der Vorsitzende der oppositionellen *Singapore Democratic Party* zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Chee Soon Juan hatte ohne Erlaubnis an einem zentralen öffentlichen Ort - dem Raffles Place - Reden gehalten, in denen er für den 'Freedom of Speech' in Singapur und eine stärkere öffentliche Kontrolle der Regierungspolitik eingetreten war.

Das dies ein für die Bevölkerung und die politisch gleichermaßen wichtiges The-

ma ist, zeigen die durchaus kontroversen Meinungsäußerungen in den Leserbriefspalten der Straits Times ebenso wie das große Publikumsinteresse, das eine diesem Thema gewidmete Veranstaltung mit den beiden Oppositionspolitikern Soon und Jeyaretnam in der National University im März dieses Jahres hervorgerufen hatte. Diskussionen wie diese markieren wichtige Ansatzpunkte auf dem Weg zu einer offener demokratischen Gesellschaft; welche Bedeutung einer solchen Entwicklung in Zukunft erwächst, darauf weist unter anderem James Gomez in seinem Kommentar zum 'Singapore 21 Report', einem Zukunftsreport der Regierung, hin. Die Herausbildung pluralistischer Strukturen sieht Gomez, im Gegensatz zum Tenor des Regierungsreports, als grundlegende Bedingung für ein zukunftsfähiges Singapur. Dazu gehört die Abschaffung des Internal Security Act (ISA) ebenso, wie die Öffnung der staatlichen Planungs- und Entscheidungsprozesse für kritische Diskussionen durch die Öffentlichkeit. Es geht hierbei um nicht weniger als die Schaffung und Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen, „if the government wants to provide a liberal framework for Singapore to be nimble and ready for the next millenium and to be viable as global center for finance, arts, media, education, research and technology.“ (Gomez)

Eine Betrachtung oppositioneller Politik in Singapur wäre unvollständig ohne einen Blick auf jene Gruppen, die vom Ausland aus, zumeist aus Australien und den USA, die Politik der Singapurer Regierung kritisch kommentieren. Zu ihren Mitgliedern zählen neben Singapurer Oppositionellen, die das Land angesichts

drohender Geld- oder Gefängnisstrafen verlassen haben, auch Singapurer, die aus beruflichen Gründen in Australien oder den USA leben sowie Sympathisanten aus diesen Ländern. Ihre öffentlichen Proteste und Kampagnen richten sich gegen repressive Strukturen und die Schaffung pluralistischer Strukturen in Singapur. Plattformen dieses Protestes sind zumeist Demonstrationen und Informationsveranstaltungen anlässlich des Besuches hochrangiger Singapurer Regierungsvertreter; neuerdings konzentriert sich die Informationsarbeit aber auch zunehmend auf das Internet. Prominente Websites sind etwa die Seiten der *'Singaporeans for Democracy'* ([www.gn.apc.org/sfd/](http://www.gn.apc.org/sfd/)) oder das *'Singapore Window'* ([www.singapore-window.org/](http://www.singapore-window.org/)). Neben einem großen Informationsangebot finden sich hier auch Links zu anderen Sites. Bisher gab es wohl nur sporadische Kontakte zwischen solchen Gruppen im Ausland und den Oppositionsparteien in Singapur. Erst in jüngster Zeit ist hier ein

Wandel zu beobachten. Vor allem der Vorsitzende der SDP, Chee Soon Juan, nutzt zunehmend die Möglichkeit, auf von diesen Gruppen organisierten Veranstaltungen zu sprechen, um so auch im Ausland stärker für seine Partei und ihre politischen Ziele zu werben. Im eigenen Land allerdings wird die Arbeit ausländischer Oppositionsgruppen eher argwöhnisch betrachtet. Ihre Kritik und Proteste gelten hier als 'unpatriotisch', sie genießen daher in der Bevölkerung nur ein geringes Ansehen.

Noch läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich in Zukunft die politischen Strukturen in Singapur entwickeln werden, ob es der regierenden PAP auch weiterhin gelingen wird, konkurrierende politische Strömungen zu unterbinden, oder ob es mittelfristig zu einer stärkeren Herausbildung pluralistischer Strukturen in Singapur kommen wird. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, das die Unterstützung für die Politik der regierenden PAP auch ohne offen repressive

Strukturen, vor allem aufgrund des bisher erreichten Wohlstandes, durchaus hoch ist.

Während sich die parlamentarische Opposition derzeit insgesamt eher schwächer als noch vor einigen Jahren präsentiert, deuten die Aktivitäten im außerparlamentarischen Bereich darauf hin, daß zumindest in Teilen der Bevölkerung ein Interesse an politischer Partizipation besteht, das deutlich über die bisher möglichen Beteiligungsformen hinausgeht.

Zum Weiterlesen empfohlen:

**Christopher Tremewan:** *The Political Economy of Social Control.* Oxford 1994.

**Chua Beng-Huat:** *Communitarian ideology and democracy in Singapore.* London, New York 1995.

**Christopher Lingle:** *Singapore's Authoritarian Capitalism.* Barcelona 1996.

*Stand: Juli 99*

Rolf Jordan M.A., ([rojordan@hrz.uni-kassel.de](mailto:rojordan@hrz.uni-kassel.de)) ist Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gh Kassel mit dem Forschungsschwerpunkt Globalisierung und sozialräumlicher Wandel in Singapur (<http://www.uni-kassel.de/ag-welt/project.html#Arbeitsbereiche>).